

HERRSCHAFTSVERTRAG ODER GESELLSCHAFTSVERTRAG?

EINE ALTERNATIVE ZUR DERZEITIGEN WEST-
LICHEN IRAKPOLITIK

Dr. Edelbert Richter (MdB der SPD bis 2002, jetzt ATTAC)

Ein einfaches NEIN zum Krieg gegen den Irak reicht nicht aus, vielmehr steht Europa in der Pflicht, eine grundsätzlich andere Position in der Sicherheitspolitik zu entwickeln. Im Gegensatz von Macht und Recht sollten die Positionen des Rechts gegen die USA verteidigt werden, die ohnehin nicht wirklich in der Lage seien, eine Weltherrschaft auszuüben, meint der Autor.

Dr. Edelbert Richter, geb. 1943, wohnhaft in Weimar, vor der Wende Dozent an der Predigerschule in Erfurt. 1977 bis 1989 Engagement in regimekritischen Gruppen und in der Friedens- und Ökologiebewegung, August 1989 Mitbegründer des „Demokratischen Aufbruchs“, Januar 1990 Übertritt in der SPD, Mitglied der letzten Volkskammer der DDR, 1991 bis 1994 Abgeordneter im Europäischen Parlament,

1994 Mitglied des Deutschen Bundestages, seit 1991 Mitglied der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD.

1. Bundeskanzler Gerhard Schröder hat im Wahlkampf versprochen, dass es mit ihm keine deutsche Beteiligung an einem Krieg gegen den Irak geben werde. Ich kann nicht sagen, ob er dabei bleiben wird, wenn es hart auf hart kommt. Ich möchte auch keine Vermutungen über seine wahren Motive anstellen, sondern gehe davon aus, dass das, was er am Ende tut, hauptsächlich von zwei Faktoren abhängen wird: einerseits von dem Druck, den die amerikanische Führung auf ihn ausübt, und andererseits von dem Druck, den wir auf ihn ausüben werden. Es hat also keinen Zweck, sich hinzusetzen und darüber zu rätseln, wie Schröder eigentlich denkt, was er für ein Charakter ist usw., sondern wir sind gefragt und sollten deutlich machen, was wir wollen. Und zwar muss unsere Forderung meines Erachtens sein, dass aus dem bloss defensiven Nein zu diesem Krieg eine offensive, grundsätzlich andere Position der deutschen und europäischen Sicherheitspolitik entwickelt wird.

2. Was die Europäer bzw. Deutschen bisher nämlich auszeichnet, ist ein klares und deutliches „Jain“ in der Frage, um die es heute geht: Soll die Macht oder das Recht in den Beziehungen zwischen den Staaten den Sieg davontragen, soll weiter bzw. wieder der „Naturzustand“ in den internationalen Beziehungen herrschen oder wieder bzw. endlich ein Rechtszustand einkehren? Sollen die Dinge auf einen globalen Herrschaftsvertrag, den Leviathan, im Sinne von Thomas Hobbes hinauslaufen oder auf einen globalen Gesellschaftsvertrag?

Um die Entscheidung, vor der wir stehen, deutlich zu machen, bringe ich die Begriffe „Naturzustand“ und „Leviathan“ ins Spiel. Auch Anderen ist nach der Proklamation des „Krieges gegen den Terror“ offenbar unwillkürlich Hobbes in den Sinn gekommen (Tönnies, Barber). Die Kategorien des Begründers der neuzeitlichen Staatsphilosophie scheinen zur Erfassung der gegenwärtigen Situation besonders geeignet zu sein.

Wenn man sich nicht in den Feinheiten der Textauslegung verliert, erkennt man auch sehr schnell die folgenden Parallelen: Der „Naturzustand“, der berüchtigte Krieg aller gegen alle, ist zwar nur eine theoretische Konstruktion, um die Bedeutung politischen

Zusammenschlusses zu demonstrieren. Dennoch ist Hobbes der Auffassung, dass der Zustand zwischen den Staaten ihm ziemlich genau entspricht (Hobbes 1967: 59). Dabei meint das *bellum omnium* freilich nicht nur den offenen, sondern auch den ständig brodelnden latenten oder kalten Krieg: „Und wenn sie auch einmal keinen Krieg führen, so ist dies doch kein Friede, sondern nur ein Atemschöpfen, wobei die Feinde gegenseitig ihre Bewegungen und Mienen beobachten und ihre Sicherheit nicht nach den Verträgen, sondern nach den Kräften und Plänen des Gegners beurteilen“. (ebd.: 207). Übersehen wird allerdings oft, dass in diesem Zustand nach Hobbes zugleich das „Naturgesetz“ gilt, d.h., das Vernunftgebot, den Frieden zu suchen und einzuhalten. Dessen Schwäche ist nur, dass ihm die Verbindlichkeit fehlt, weil keine Gewalt vorhanden ist, die seine Einhaltung erzwingen kann (ebd.: 110f). Die Parallele zu den Rechtsnormen der UN-Charta ist offensichtlich.

Im Vordergrund darf daher nicht die Frage der Legitimität, sondern muss die der Effizienz des Rechts stehen. Und sie kann nur beantwortet werden, indem die Staaten (wie die Individuen, vgl. Hobbes 1978: 128) um ihrer Sicherheit willen auf ihre Freiheit verzichten und sie auf einen Souverän übertragen. Ob sie dies aber freiwillig durch Vertrag oder gezwungenermaßen durch Unterwerfung tun, läuft auf dasselbe hinaus, „denn der Souverän regiert über beide gleichermaßen unumschränkt“ (Hobbes: 1978:149, 176). Die letztere Variante ist dabei freilich die wahrscheinlichere, man denke nur an die deutsche Einigung durch Preußens Armeen und nicht durch das Frankfurter Parlament. Der Souverän verpflichtet sich einerseits, dem natürlichen Gesetz Geltung zu verschaffen, also den Frieden zu sichern (ebd.: 284, 292), steht aber andererseits über dem Gesetz und kann nicht belangt und bestraft werden (ebd.: 154, 226). Die Analogie zu den USA, die sich offenbar als globaler Souverän in spe verstehen, fällt ins Auge. Wenn sie diese Rolle wirklich spielen wollen, müssten sie sich allerdings verpflichten, nicht nur nach Belieben, sondern generell für Frieden zu sorgen. Halten wir nun angesichts der Tendenz der amerikanischen Politik einen multilateralen Ausbau der globalen Rechtsordnung für aussichtslos, so gestehen wir ein, dass wir uns wieder im Hobbes-

schen Naturzustand befinden, samt einem ohnmächtigen „natürlichen Gesetz“ (= jene Rechtsordnung). Aus dieser zwiespältigen Lage kämen wir dann in der Tat nur heraus, wenn wir uns der faktisch stärksten Macht, ob sie nun legitim ist oder nicht, unterwerfen würden in der Erwartung, dass sie dafür globale Sicherheit garantiert. Das wäre ehrlich zu Ende gedachte „uneingeschränkte Solidarität“, weil von „Solidarität“, Partnerschaft, Bündnis dann logischerweise keine Rede mehr sein könnte.

3. Aber gerade, wenn wir uns so höchst realistisch für die Machtlösung entscheiden würden, würde sich die Machtfrage noch einmal neu und schärfer stellen: Ob und wie lange nämlich die Vereinigten Staaten die ihnen zugedachte Rolle überhaupt spielen können! Eine Frage, die schon seit den 1970er Jahren in den USA selbst intensiv diskutiert, in Deutschland jedoch – wohl wieder aus „uneingeschränkter Solidarität“ – fast völlig übergangen wird. Die Debatte begann in den USA, als der Vietnam-Krieg verloren war, die Inflation anstieg, das Bretton-Woods-System endgültig zerbrochen war, der Dollarkurs fiel und Europa eine Abkopplung anstrebte. Zwar verbreitete Präsident Ronald Reagan in den 80er Jahren wieder Optimismus. Aber durch die sinkende Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Industrie, das wachsende Außenhandelsdefizit und die steigende Verschuldung der USA seit den 80er Jahren bekam die Debatte neuen Auftrieb. Prominentester Vertreter der Decline-These wurde Paul Kennedy mit seinem Buch „Aufstieg und Fall der großen Mächte“.

Auch wenn man der Meinung ist, es habe in den 1990 Jahren in den USA tatsächlich eine wirtschaftliche Erholung und Erneuerung der Wettbewerbsfähigkeit gegeben – was fragwürdig ist –, bleibt immer noch das zunehmende Missverhältnis zwischen wirtschaftlicher und militärischer Stärke. Es würde jedenfalls zur „Überdehnung“ (im Sinne von Paul Kennedy) führen, falls die Vereinigten Staaten die Aufgaben des globalen Souveräns übernehmen wollten. Bisher haben sie das Problem dadurch gelöst, dass sie bei größeren Rüstungs- und Kriegsvorhaben die Europäer und Japaner sich direkt oder indirekt finanziell beteiligen ließen (indirekt bei der Hochrüstung gegen die Sowjetunion, direkt beim Golfkrieg).

Das war von seiten der Europäer und Japaner im Grunde schon eine Übertragung von Souveränität. Aber wird das in größerem Umfang so weitergehen? Und werden andere zu solcher Souveränitätsaufgabe auch bereit sein?

4. Die Deutschen und Europäer haben jene Frage bisher einmal so und einmal so beantwortet. Sie haben sich im Bosnien-Konflikt zunächst für den Rechtsweg entschieden, sind dann jedoch den Machtweg mitgegangen. Sie haben im Kosovo-Konflikt umgekehrt die rechtswidrige Intervention mitgetragen, um dann zum Völkerrecht zurückzulenken. Sie haben sich im „Anti-Terror-Krieg“ den USA blind angeschlossen, befürworten jedoch zugleich den Internationalen Strafgerichtshof, der für solche Anschläge eigentlich zuständig wäre. Was wollen die Deutschen und Europäer denn nun? Es genügt nicht, sich über das naive Sendungsbewusstsein der Amerikaner zu mokieren, man muss schon selber wissen und sagen, was man will.

Angesichts der eindeutigen Tendenz der amerikanischen Politik können die Europäer gar nicht weiter so verfahren. Der Entscheidung auszuweichen oder weiter zu lavieren, bedeutet auch eine Entscheidung, nämlich für die Macht, die weiss, was sie will, und ihr Ziel mit Leidenschaft verfolgt: noch tiefer hinein in den Naturzustand, bis der Ruf nach dem globalen Leviathan unüberhörbar wird. Dabei muss aber zwangsläufig die Europäische Union selber ins Wanken geraten – was sich auch schon abzeichnet. Denn wenn die USA die Bemühungen um eine internationale Rechtsordnung zunehmend untergraben und eine Atmosphäre der Unsicherheit schaffen, dann wird klar, warum in Europa nun die Bewegung nach rechts geht, zu denen hin, die internationales Recht schon immer für eine Chimäre gehalten haben und meinen, aus der Geschichte ohnehin nichts lernen zu können: Sie sind, wenn es um den von den USA gewiesenen Weg zurück in den Naturzustand geht, einfach glaubwürdiger als z.B. Sozialdemokraten und passen besser in die Zeit. Das Dumme ist nur, dass sie, indem sie verbal gegen die Hegemonie der USA aufbegehren, faktisch genau dem von den USA vorgegebenen Trend zur nationalen Differenzierung folgen; Und dass sie, indem sie sich aufs

Nationale zurückziehen und von der Europäischen Union abkehren, der amerikanischen Vorherrschaft gar nicht mehr ernstlich entgentreten können, ihr vielmehr in die Hände arbeiten.

5. Nicht nur, weil wir einen globalen Unterwerfungsvertrag im Sinne von Hobbes, an dem sich z.B. China beteiligen würde, für ausgeschlossen, sondern weil wir aufgrund zunehmender internationaler Abhängigkeiten und Gemeinsamkeit der Probleme mehr Kooperation für notwendig halten, müssen wir weiter das Modell Gesellschaftsvertrag befürworten. Möglich ist eine solche Institutionalisierung von Recht nämlich auch ohne überlegene Sanktionsgewalt. Denn sie entlastet die beteiligten Staaten ja vom Druck immer neuer eigener Entscheidungen, und zwar eben bei Fragen, die inzwischen über ihre Kraft gehen. Insofern ist Samuel Putendorf für uns der bessere Lehrmeister. „Kreatürliche Schwäche“ (imbecillitas) ist das Stichwort, das er uns liefert: Weil die Menschen allein zu schwach sind, müssen sie sich zusammenschließen (Wesel, 1997: 370). Übertragen wir das auf die heutige Staatenwelt, so sind wir bei dem, was man die Verletzlichkeit moderner Gesellschaften genannt hat, und was eben zum Multilateralismus nötigt. Aus purem Selbsterhaltungsinteresse muss die EU daher den Weg des Rechts gehen und in diesem Sinne auf die Vereinigten Staaten einwirken. Wir sollten die europäischen Regierungen an das Konzept der Sicherheitspartnerschaft erinnern, das sich bei der Überwindung des Kalten Krieges schon bewährt hat: Sicherheit erlangen nicht vor dem Gegner, sondern gemeinsam mit ihm, und zwar trotz aller ideologischen – und das heißt heute: kulturellen – Gegensätze. Mit diesem Konzept kann Europa die amerikanische Politik gleichsam unterlaufen, denn diese Politik besteht ja darin, Konflikte zu schüren, um sie dann wieder regulieren zu können. Deutsche und europäische Strategie muss sein, diese Politik des „Teile und Herrsche“ buchstäblich gegenstandslos zu machen, das heißt, ihr die Konfliktstoffe zu entziehen.

In bezug auf den Irak besagt das konkret: Die EU tritt als Vermittler zwischen die USA und den Irak. Sie setzt sich für eine Beendigung des Wirtschaftsembargos und des Exportverbots für Nicht-Öl-Produkte ein. Sie konzentriert sich beim Rüstungsembargo

primär auf die Kontrolle der Rüstungslieferanten. Sie tritt für eine Überwindung der kulturellen Isolation des Irak ein (Hochschulkooperation, Stipendien für irakische Studenten und Wissenschaftler, Wiedereröffnung eines Goetheinstituts usw.). Wenn der massive äussere Druck auf den Irak das Regime gerade stabilisiert hat, so ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass Entspannung und Kooperationsbereitschaft des Westens zu Wandlungen im Inneren führen werden.

Literatur:

BARBER, BENJAMIN: Interview in: Die Zeit, 8.11.2001

HOBBS, THOMAS (1967): Vom Menschen. Vom Bürger. Berlin

HOBBS, THOMAS (1978): Leviathan, Leipzig

KENNEDY PAUL (1989): Aufstieg und Fall der großen Mächte. Frankfurt am Main

TONNIES, SYBILLE: Weltfrieden und Völkerrecht. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7, 2001, S. 829ff.

TONNIES, SYBILLE: Krieg oder Weltpolizeiaktion. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 10, 2001, S. 1183ff.

WESEL, UWE (1997): Geschichte des Rechts. München